

Gegenanträge

Sehr geehrte Aktionärin, sehr geehrter Aktionär,

nach Einberufung unserer ordentlichen Hauptversammlung sind uns die nachfolgend aufgeführten Gegenanträge zugegangen, die wir im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zugänglich machen. Sie sind - soweit sie nicht lediglich auf Ablehnung der Verwaltungsvorschriften gerichtet sind - zur Erleichterung der Weisungserteilung mit Buchstaben gekennzeichnet. Den nicht mit Buchstaben gekennzeichneten Gegenanträgen können Sie sich anschließen, indem Sie bei dem entsprechenden Tagesordnungspunkt mit "nein" stimmen. Über die Gegenanträge kann nur abgestimmt werden, wenn sie auch in der Hauptversammlung gestellt werden.

A

**Vom Aktionär Eckhardt Schmid
und von der Aktionärin Heide Schmid**

Eckhardt Schmid
Aktionär Nr. 02000509602

und

Heide Schmid
Aktionär Nr. 02000509612

Heilbronner Str. 62

Telefon: 07135 - 8154

Fax: + 49 7135 - 937210

74336 Brackenheim

e-mail: eh-schmid@t-online.de

Datum: 04.04.2010

Deutsche Post AG
Fax: 0228 182 63199
Zentrale – Investor Relations
Stichwort: **Hauptversammlung**

53250 Bonn

Aufsichtsrats-Vergütung

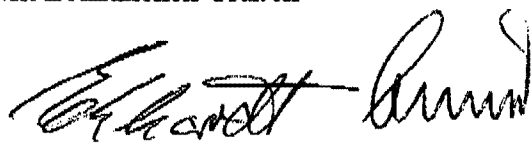
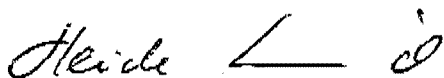
Zu dem Punkt Aufsichtsratsvergütung habe wir folgende Frage:

Wenn ein Aufsichtsrat an einer oder mehreren Sitzungen nicht teilnimmt erhält er dennoch seine volle Aufsichtsrats-Vergütung. Es entfällt nur das Sitzungsgeld von 1000,-- € bei Nichtteilnahme.

Warum wird nicht anteilig der Sitzungsteilnahme auch die Vergütung geregelt? Dies wäre eine faire Basis, welche jeder seriöse Aufsichtsrat akzeptieren sollte (ohne Mitwirkung keine bzw. eine reduzierte Vergütung).

Wir beantragen, diesen Punkt noch mit als Abstimmungspunkt bei der Hauptversammlung aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

B (Gegenantrag zu TOP 2)

Von Aktionärin Bärbel Ullrich

Absender: Bärbel Ullrich, Stiller Winkel 5, 70563 Stuttgart

Deutsche Post AG
Zentrale
Investor Relations
Hauptversammlung
53250 Bonn

Stuttgart, 06.04.2010

Gegenantrag zur Hauptversammlung am 28.04.10

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den Tagesordnungspunkten (TOP) 2, 3, 4, 8 und 10 möchte ich folgenden Gegenantrag stellen:

TOP 2: Der gesamte Bilanzgewinn des Jahres 2009 soll nicht als Dividende an die Aktionärinnen und Aktionäre ausbezahlt werden. Ein Teil des Gewinns soll den Beschäftigten des Konzerns in Form von Beförderungen und Investitionen in neue dauerhafte Arbeitsplätze zugute kommen. Der Rest des Gewinns soll in Rücklagen angelegt werden, auf die in Krisenzeiten zurückgegriffen werden kann. Diesen Gewinn haben nämlich allein die Bediensteten in den Paket- und Briefzentren und den anderen Abteilungen des Konzerns erwirtschaftet und nicht der Vorstand und der Aufsichtsrat, auch nicht die Aktionäre und Aktionärinnen. Wie sieht es dort aus zum Beispiel in den Briefzentren bei den Briefzustellern, oder in den Paketzentren bei den Paketzustellern? Werden dort immer noch die Zustellbezirke vergrößert, nur um Personal einzusparen? Müssen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

dort immer noch permanent am Limit der Leistungsfähigkeit arbeiten, damit die Briefe und Pakete einigermaßen pünktlich zugestellt werden können? Sind die Bediensteten menschlich überhaupt noch etwas wert, oder zählen beim Vorstand und Aufsichtsrat nur die Einsparungen beim Personal, damit der Gewinn möglichst hoch ausfällt? Wenn die Post am Personal spart, dann bleibt es nicht aus, daß Brief- und Paketkunden von der Post weggehen zu anderen Anbietern.

TOP 3 und 4: Weder der Vorstand, noch der Aufsichtsrat haben ihre Hausaufgaben in keinster Weise erledigt und können deshalb auch nicht entlastet werden.

TOP 8 und 10: Konzerne sind nicht nur ihren Geldgebern, sondern auch anderen Beteiligten - Mitarbeitern und Lieferanten, Käufern und Verkäufern - sowie der Gesellschaft, in der sie existieren verantwortlich. Wie kann man aber anderen gegenüber Verantwortung ausüben und sich selber die Aufsichtsrats- und Vorstandsvergütungen so erhöhen? Es geht hier nicht um Sozialneid, sondern um soziale Gerechtigkeit! Bei den Mitarbeitern wird eingespart wo es nur geht und der Vorstand und Aufsichtsrat erhöht sich einfach die Vergütungen. Habt ihr aus der Finanzkrise nichts gelernt?

Mit freundlichen Grüßen

Bäbel Albrich

C

Vom Aktionär Stefan Brand

Gegenantrag zur Hauptversammlung am 28.4.2010 der Deutschen Post DHL AG**Aktionärsnummer 02000 086 514, Aktienbestand 102, DE 000 555200 4****„8. Billigung des Systems zur Vergütung der Vorstandsmitglieder“**

Die letzte Finanzkrise hat gezeigt, dass maßlose Bezüge der Vorstände zu einer nicht unbedingt sinnvollen und nachhaltigen Unternehmensentwicklung beigetragen haben. Um die Relation der Vorstandsgehälter in ein angemessenes Verhältnis zu den übrigen Mitarbeitern des Unternehmens zurückzuführen, wird folgende Formel vorgeschlagen:

1. Bezüge des Vorstandes und des Vorstandsvorsitzenden:**a. Bezugsgrößenermittlung fest angestellter Mitarbeiter:**

Es wird die Jahresbruttogehaltssumme und Vorsorgeaufwendungen aller fest angestellten Mitarbeiter gebildet. Hierin enthalten sind alle Zuweisungen inklusive der Prämien für alle Mitarbeiter der Deutschen Post DHL AG mit Ausnahme des Vorstandes und des Aufsichtsratsvorsitzenden, bezeichnet als „Summe A“. Ferner ist die Arbeitszeit umgerechnet auf Ganztagsstellen zu ermitteln und umzurechnen bezeichnet als „Mitarbeiter A“. Die durchschnittliche Lohnsumme, „Durchschnittsgehalt A“ pro Mitarbeiter bildet sich aus dem Quotient von „Summe A“ zu „Mitarbeiter A“.

$$\text{„Durchschnittsgehalt A“} = \text{„Summe A“} / \text{„Mitarbeiter A“}$$

b. Bezugsgrößenermittlung temporär angestellter Mitarbeiter und Leiharbeiter:

Es wird die Jahresbruttogehaltssumme (aus Lohnsteuerkarte) aller Leiharbeiter und befristet angestellten Mitarbeiter, die im vergangenen Jahr für die Deutschen Post DHL AG tätig waren gebildet, bezeichnet als „Summe B“. Hierin enthalten sind die Zuweisungen an die Mitarbeiter incl. der Verwaltungsaufschläge der Fremdfirmen anzusetzen. Die Arbeitszeit wird aus der Stunden- bzw. Tagesabrechnung der Fremdfirmen entnommen und als „Jahresarbeitszeit B“ ermittelt. Die Anzahl der Stunden „Arbeitszeit pro Mitarbeiter A“ wird nach dem geltenden durchschnittlichen Tarifverträgen und -schlüsseln aller Angestellten und Beamten (Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder und externe Beraterfirmen) ermittelt und ins Verhältnis der durchschnittlichen individuellen „Arbeitszeit A“ der „Mitarbeiter A“ gesetzt. Der Quotient aus „Jahresarbeitszeit B“ zu „Arbeitszeit A“ wird die Anzahl der „Mitarbeiter B“ errechnet. „Durchschnittsgehalt B“ pro Mitarbeiter bildet sich aus dem Quotient von „Summe B“ zu „Mitarbeiter B“.

$$\text{„Durchschnittsgehalt B“} = \text{„Summe B“} / \text{„Mitarbeiter B“}$$

$$\text{„Mitarbeiter B“} = \text{„Jahresarbeitszeit B“} / \text{„Arbeitszeit pro Mitarbeiter A“}$$

$$\text{„Arbeitszeit pro Mitarbeiter A“} = \text{„Jahresarbeitszeit B“} / \text{„Arbeitszeit pro Mitarbeiter A“}$$

Sinn dieser Klausel ist das Interesse des Vorstandes zum Personalabbau und Auslagerung von Stammbeschaft zu verringern, eine kontinuierliche Entwicklung und Qualifikation der Mitarbeiter sicherzustellen und den langfristigen Unternehmenserfolg zu gewährleisten.

Gegenantrag zur Hauptversammlung am 28.4.2010 der Deutschen Post DHL AG**Aktionärsnummer 02000 086 514, Aktienbestand 102, DE 000 555200 4**

Das Durchschnittsgehalt aller Mitarbeiter „Durchschnittsgehalt Mitarbeiter“ (ohne Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder und externer Beraterfirmen) ermittelt sich letztendlich wie folgt:

„Durchschnittsgehalt Mitarbeiter“ = „Durchschnittsgehalt Mitarbeiter A“ * „Mitarbeiter A“ + „Durchschnittsgehalt Mitarbeiter B“ * „Mitarbeiter B“ / („Mitarbeiter A“ + „Mitarbeiter B“)

c. Vergütung der Vorstandsmitglieder:

Die einzelnen Vorstandsmitglieder erhalten maximal Jahresbezüge „Gesamtbezüge Vorstandsmitglied“ gemäß folgender Tabelle und Formeln:

„Gesamtbezüge Vorstandsmitglied“ = „Durchschnittsgehalt Mitarbeiter“ * 30

Der Vorstandsvorsitzende erhält maximal folgendes Jahresgehalt „Vorstand“

„Vorstand“ = „Durchschnittsgehalt Mitarbeiter“ * 50

Die Gehälter werden gemäß dem Verantwortungsbereich und den persönlichen Aufgaben im Arbeitsvertrag geregelt, diese Summe ist nur als Maximalgehalt anzusehen.

Die Aufteilung des Fix- und erfolgsabhängigen Gehalts wird gemäß den üblichen gesetzlichen und aktienrechtlichen Vereinbarungen getroffen und in den Verträgen der Vorstände festgelegt. Sonderboni sind nach Vorschlag des Aufsichtsrates, z. B. bei außerordentlichen Geschäftserfolgen, in der Hauptversammlung von der Mehrheit zu genehmigen. Diese dürfen maximal eine Verdoppelung der Bezüge des jeweiligen Vorstandsmitgliedes „Gesamtbezüge Vorstands“ und des Vorstandsvorsitzenden „Vorstand“ bewirken.

Beispiel aufgrund des Jahresabschlusses 2010 für die Stammebelegschaft:

Mitarbeiter "Mitarbeiter A"	177559
Gehaltssumme "Summe A"	7,343,000,000.00 €
Durchschnittliches Jahresbruttogehalt "Durchschnittsgehalt A"	41,355.27 €
Vorstandsgehalt	1,240,658.03 €
Vostandsvorsitzender	2,067,763.39 €

Würzburg 5.4.10 S. Brand

Würzburg 5. April 2010

Stefan Brand

D (Gegenantrag zu TOP 10)

E (Gegenantrag zu TOP 8)

Vom Aktionär Dr. Gregor Nickel

Dr. Gregor Nickel
Am Kulmburg 12
57072 Siegen
Aktionärs-Nummer: 02003026032

Siegen, den 2.4. 2010

An die Deutsche Post AG
HV - Service

Antrag zur Hauptversammlung 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich möchte Sie bitten die folgenden Anträge in die Tagesordnung der Hauptversammlung am 28. 4. 2010 aufzunehmen.

1. Antrag zur Änderung der Aufsichtsratsvergütung:

Der Vorschlag der Verwaltung zur Änderung der Aufsichtsratsvergütung (TOP 10) wird als falsches Signal in Zeiten stagnierender Reallöhne abgelehnt. Statt dessen wird folgende ~~Regelung beschlossen: Als jährliche feste Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder werden~~ 12.000 EUR anstatt 20.000 EUR festgesetzt. Für den Vorsitzenden wird diese Summe um 50% auf 18.000 EUR erhöht. Jede nicht besuchte Sitzung des Aufsichtsrats reduziert diesen Betrag um 1.000 EUR (negatives Sitzungsgeld). Die Übernahme eines Aufsichtsratsmandats setzt voraus, dass für eine positive Unternehmensentwicklung Verantwortung übernommen wird; daher entfallen variable Vergütungsbestandteile. Der § 17 der Satzung ist entsprechend zu ändern.


2. Antrag zur Änderung der Vorstandsvergütung:

Entgegen dem Antrag der Verwaltung zur Billigung der Vorstandsvergütung (TOP 8) wird diese nicht gebilligt. Statt dessen wird folgende Regelung beschlossen. Die Zahlungen an jeden Vorstand werden auf höchstens insgesamt je 500.000 Euro begrenzt. Die Übernahme eines Vorstandspostens setzt voraus, dass für eine positive Unternehmensentwicklung Verantwortung übernommen wird; daher entfallen variable Vergütungsbestandteile.

3. Antrag auf Veröffentlichung der Vorstandsbezüge:

Die Bezüge des Vorstandes werden jeweils zur Hauptversammlung aufgeschlüsselt nach festen und variablen Bestandteilen sowie nach einzelnen Mitgliedern des Vorstandes den Aktionären bekannt gegeben.

Mit freundlichen Grüßen,


(G. Nickel)

**Vom
Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre**



Deutsche Post AG
Zentrale
Investor Relations
Stichwort: Hauptversammlung
53250 Bonn

Postfach 13 03 35
50497 Köln
Tel. 0221 / 599 56 47
Fax: 0221 – 599 10 24
dachverband@kritischeaktionaere.de
www.kritischeaktionaere.de

per Telefax: 0228 – 182 63 199
per Email: hauptversammlung@deutschepost.de

Köln, 13. April 2010

Gegenanträge zur Hauptversammlung der Deutschen Post AG am 28. April 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre stellt anlässlich der Hauptversammlung der Deutschen Post AG am 28. April 2010 Gegenanträge. Ich bitte um Veröffentlichung auf der Website der Deutschen Post AG.
Mit diesem Schreiben erhalten Sie auch den Nachweis der Aktionärserschaft des Dachverbands.

Für Rückfragen erreichen Sie mich unter der Telefon-Nummer 0221/599-5647, mobil unter 0173 - 713 52 37 oder per Email unter dachverband@kritischeaktionaere.de.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Markus Dufner'.

Markus Dufner
Geschäftsführer des Dachverbands
der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre

Anlagen: Gegenanträge zu TOP 3 und TOP 4
Nachweis der Aktionärserschaft

Gegenanträge zur Hauptversammlung der Deutschen Post AG
am 28.04.2010

TOP 3 Entlastung der Mitglieder des Vorstandes

Den Mitgliedern des Vorstandes wird die Entlastung verweigert, weil sie eine Militarisierung des Unternehmens betreiben.

Begründung:

1. Die Deutsche Post DHL ist weiterhin und in wachsendem Umfang für die NATO in Afghanistan und im Irak „im Einsatz“. Zu diesem Zweck schreitet der Ausbau (auch in der aktuellen Krisenzeit) des Kriegslogistik-Drehkreuzes am Flughafen Leipzig/Halle ungebremst voran.

Mit der Errichtung eines „technischen Stützpunktes“ für militärische Großraumtransporter wurde der militärische Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle fortgesetzt. Der stark subventionierte Flughafen (Steuerzuschüsse über 300 Millionen Euro) war als zivil deklariert worden und wurde zeitgleich für den Kriegsnachschub der Bundeswehr und ihrer NATO-Partner auserkoren. Vor allem seit das Bundesverwaltungsgericht die Militärtransporte auf dem Flughafen Leipzig/Halle für rechtmäßig erklärt hat, wurde eine eklatante Zunahme US-amerikanischer Truppentransporte beobachtet. Leipzig ist zu einer wichtigen Zwischenstation US-amerikanischer Militärflüge in den Irak und nach Afghanistan und wieder zurück geworden. Auch die Bundeswehr nutzt den Flughafen als Zwischenstation für Soldatenflüge in die ausländischen Einsatzgebiete. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums fliegen von hier aus regelmäßig die beiden auf dem Airport stationierten Antonov-Großraummaschinen. Transportiert würden Großgeräte wie Lastwagen und Hubschrauber, aber auch Verpflegung, Trinkwasser und Zelte, sagt ein Sprecher - und „selbstverständlich“ auch Waffen. Der militärische Ausbau ist eng mit der DHL verknüpft, die über die DHL Hub Leipzig GmbH seit Anfang 2008 am Flughafen Leipzig/Halle eines ihrer weltweit drei Luftfahrt-Drehkreuze betreibt.

2. Die Deutsche Post DHL ist weiterhin als vertragsmäßiger Logistiker der Bundeswehr weltweit für den Transport leichter militärischer Ausrüstung bis 50kg und für die Feldpost zuständig.

3. Die Deutsche Post DHL betreibt weiterhin den Großkunden-Logistikzweig „*Military Affairs Bw/NATO*“. Dessen Konzernrepräsentant und Leitender Postdirektor Assessor jur. Udo Volker Eschenbach (Reserveoffizier und Präsidiumsmitglied der Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik) arbeitet eng mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Thomas Kossendey an einer Ausweitung der zivil-militärischen Zusammenarbeit.

TOP 4 Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird die Entlastung verweigert, weil sie Ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, den Vorstand bei seiner Tätigkeit zu überwachen und von Geschäftsaktivitäten, die dem Unternehmen schaden oder ein hohes Risiko in sich bergen, abzuhalten.

Begründung:

Der Ruf des Unternehmens hat durch sein militärisches Engagement im Allgemeinen und durch die aktive Kriegsbeteiligung im Irak- und Afghanistan-Krieg an der Seite der NATO-Kampftruppen im Speziellen großen Schaden genommen.

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre unterstützt den Vorschlag für eine Unternehmensstrategie „Zivile Post 2011“. Damit kann die Deutsche Post DHL den vollständigen Rückzug aus der Militär-Logistik erreichen. Mit der Rückbesinnung auf das zivile Geschäft ist es möglich, weiteren Image-Schaden von dem Unternehmen abzuwenden. Dazu gehören insbesondere:

- die Schließung des Logistikzweigs „*Military Affairs Bw/NATO*“,
- die Kündigung des seit 2002 bestehenden Vertrags mit der Bundeswehr über den weltweiten Transport leichter militärischer Ausrüstung bis 50kg und die Feldpost,
- die Einstellung aller kriegsunterstützenden Maßnahmen im Irak und in Afghanistan
- die ausschließlich zivile Nutzung des DHL-Luftfracht-Drehkreuzes am Flughafen Leipzig/Halle.

Köln, 13.04.2010

gez. Markus Dufner
Geschäftsführer des Dachverbands
der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
50668 Köln
Tel. 0221 / 599 56 47
Fax: 0221 / 599 10 24
dachverband@kritischeaktionaere.de
www.kritischeaktionaere.de

Wir halten die Gegenanträge für unbegründet und werden dazu - soweit erforderlich - in der Hauptversammlung Stellung nehmen.

Deutsche Post AG
Der Vorstand